

Außer den politischen Ereignissen trägt aber auch hauptsächlich das Fortbestehen der englischen Navigations-Akte zu dem genannten ungünstigen Resultat bei, und so lange dieses Gesetz nicht aufgehoben ist, wird die preussische Schifffahrt hierher sich nie zu irgend einer Höhe aufschwingen. D. R.

h. Von der Gms. (Fortf.) Mit den Gerichten und Notaren würden wir dann weit weniger zu verkehren haben und die größere Entfernung der Gerichte würde hauptsächlich nur noch für diejenigen in Betracht kommen, welche Prozesse führen. Die Bezirke der Amtmänner würden um die Hälfte kleiner. So z. B. würden wir Hövelhofer und Stufenbroker einen Amtmann bekommen.

Hierbei gehen wir von der Voraussetzung aus, daß dem immer lauter werdenden Verlangen der Gemeinden, von der in alle ihre Verhältnisse eingreifenden Vormundschaft des Staats befreit zu werden, vollends Genüge geleistet wird. Sobald die Vormundschaft des Staats über die Gemeinden zurückgezogen wird, können zu Amtmännern nur noch solche Männer bestellt werden, welche Rechts- und Gesehkennntnisse besitzen, weil in der Gemeindeverwaltung mancherlei und oft verwickelte Rechtsverhältnisse zu Tage kommen und deshalb die Gemeinden bald Nachtheile zu erleiden hätten, wenn ihnen Amtmänner ferner vorständen, welche an Rechts- und Gesehkennntnissen Mangel leiden. Die künftigen Amtmänner werden deshalb eine solche Befähigung haben müssen, daß ihnen die Bearbeitung der Hypothekensachen und die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit ohne Nachtheil für das Publikum übertragen werden können. So weit es hierbei auf öffentliche Beglaubigung ankommt, sind die Amtmänner gewiß die geeigneten Beamten, da sie durch das Vertrauen des Volkes zu ihren Aemtern berufen werden. Wegen der genaueren Bekanntschaft mit den Personen und ihren Verhältnissen, welche die Amtmänner in ihren kleinen Kreisen erlangen, sind sie, bei sonst hinlänglicher Befähigung, zur Aufnahme der Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit geeigneter, als die Gerichte. Ein hierbei vorkommender kleiner Nebenumstand wird den Gemeinden nicht unlieb sein. Bekanntlich bringen die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Hypothekensachen an Gebühren gute Summen auf, welche dann künftig in die Gemeindefasse fließen und zur Bestreitung des Gehalts der Amtmänner ausreichen werden. Die Notaren werden freilich am schlechtesten dabei fahren und sich meistens mit der Praxis in den größten Städten begnügen müssen. Die Vormundschaftsachen sind für die Kassen zwar nicht so einträglich. Den Vormündern aber ist es in ihren ohnehin oft lästigen Amtspflichten eine erhebliche Erleichterung, wenn sie die Vormundschaftsbehörde in den Amtmännern ganz in der Nähe haben und diese Vormundschaftsbehörden können auch eine sichere und erspriechlichere Aufsicht führen, wenn sie die Mündel, deren Vermögen und Vormünder, so zu sagen, immer unter den Augen haben. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß das Institut des Familienraths, welches sich practisch bewährt hat, ohne Belästigung des Publikums nur, wenn die Vormundschaftsbehörde in der Nähe ist, gehandhabt werden kann.

In der Vereinigung dieser Geschäfte mit den übrigen Amtsgeschäften eines Amtmanns sehen wir nichts Widersprechendes und möchten sich auch einzelne Fälle von calliditenden Amtspflichten darbieten, so werden sie doch bei weitem seltener sein, als jetzt bei den Gerichten, welche diese Geschäfte verwalten. Bedenklicher könnte es scheinen, den Amtmännern, welchen doch wahrscheinlich die Verwaltung der niederen Polizei verbleiben muß, auch die Polizeigerichtsbarkeit zu übertragen. Was indeß Gefährliches darin liegt, wird beseitigt, wenn aus der Gemeinde gewählte Schöffen, welche nach Art der Schwurgerichte das Urtheil finden helfen, zur Ausübung der Polizeigerichtsbarkeit den Amtmännern beigegeben werden. Von einem solchen Schöffengerichte, welches vielleicht alle Vierteljahre in jeder Gemeinde abzuhalten wäre, würden zugleich die Forstrüge und Injurienachen abzuurtheilen sein. Die Uebertragung der Polizeigerichtsbarkeit an die Kreisgerichte ist unzweckmäßig. Die Polizeistrafen sind der Regel nach so unbedeutend, daß die Strafe selbst weniger beschwerlich fällt, als ein weiter Weg zum Gerichte. Wer 4 bis 5 Stunden vom Orte des Kreisgerichts wohnt, wird, wenn er auch unschuldig ist und die Freisprechung erwirken könnte, es vorziehen müssen, sich in contumaciam zu den gewöhnlichen Beträgen bis zu 2 oder 3 Rthlr. verurtheilen zu lassen, weil er für seine Gänge zum Gerichte keinen Falls eine Vergütung bekommt, er mag frei gesprochen werden oder nicht.

Wie durch Einrichtung von Friedens- oder Bezirksgerichten und größern Landgerichten eine bedeutende Verminderung der Staatsausgaben erzielt werden soll, hätte der Herr Verfasser des Artikels noch nachzuweisen. Wenn in der Rheinprovinz, wo diese vom Herrn Verfasser vorgeschlagene Einrichtung besteht, weniger Richter sind und für die Gerichte weniger ausgegeben wird, so darf

man dabei nicht unerwähnt lassen, daß dort das Hypotheken- und Exekutionswesen besonderen Beamten übertragen ist, daß die Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit nur den Notaren zustehen, das Kostenwesen den Richter nicht belästigt, die französische Vormundschaftsordnung dem Richter weniger aufbürdet und die Prozeßleitung die Thätigkeit des Richters beinahe gar nicht in Anspruch nimmt.

B e r m i s c h t e s .

Am 17. Jan. fand in Berlin im Englischen Hause die erste Generalversammlung der berliner gemeinnützigen Baugesellschaft statt. Trotz der wegen der jetzigen Vornahlversammlungen nicht günstigen Zeit, war doch der Saal ansehnlich gefüllt. Nachdem der provisorische Vorsitzende des Komitès, Landbaumeister Hoffmann, seine Freude darüber ausgesprochen hatte, daß das Werk, trotz der ungünstigen Zeitumstände, glücklich bis hierher gediehen sei, ergriff der bisherige Syndikus der Gesellschaft, Kammergerichts-Asseffor Dr. Gaehler, das Wort, um in kurzen Zügen die bisherige Wirksamkeit des Komitès anzudeuten. Derselbe nahm hierbei Gelegenheit, wiederholt die große, sittliche Idee hervorzuheben, welche dem Unternehmen zum Grunde liegt, und die demselben eine viel tiefere Bedeutung gibt, als der Name der Gesellschaft beim ersten Ansehen vermuthen lassen sollte. Hiernach muß man in der That annehmen, daß der Plan des Ganzen geeignet ist, eine große, bisher dunkle Partie unsers sozialen Lebens aufzuhellen und erfreulicher zu machen. Der „kleine Mann“ soll moralisch gekräftigt, und durch den ihm in Aussicht gestellten Grundbesitz, resp. durch die zu erwartenden Kapitals-Abfindungen, zu der sicheren und festen Haltung emporgehoben werden, den ein redlich und durch Arbeit erworbener Besitz immer gewährt. Dieser konservative Charakter des Statuts, im edelsten Sinne des Wortes, zieht sich durch das ganze Statut hindurch, und verbreitet über das gesaunte Unternehmen den Geist der Sittlichkeit und der Solidität. Dem Redner erschien es nicht zweifelhaft, daß wenn bei der Wahl der Miether mit Vorsicht und Gewissenhaftigkeit verfahren, und auf die Aufrechthaltung des Statuts mit Strenge gewacht werde, für jeden Bewohner der Gesellschaftshäuser die Meinung eines ordentlichen, soliden Geschäftsmannes erweckt werden würde. „Es muß dahin kommen“, sprach derselbe, „daß jedem kleineren Gewerbetreibenden bei den Fabrikanten und Großhändlern ein offener Kredit zu Gebote steht, sobald er nachweist, daß er Miether der gemeinnützigen Baugesellschaft ist!“ Interessant war es zugleich, aus dem Vortrage des Herrn Gaehler zu erfahren, daß nicht allein im übrigen Deutschland, sondern auch in der belgischen, französischen und italienischen Presse das Statut der Gesellschaft die wärmste Anerkennung gefunden hat.

Constitutioneller Bürgerverein.

Die nächste Versammlung wird erst am

7. Februar c. Abends 7 1/2 Uhr

im Saale der Frau Wittwe Gastwirth Meyer statt finden.

Tagesordnung:

- 1) Fortsetzung des Berichtes der Commission für politische Fragen über die Verfassung vom 5. December v. J.
- 2) Bericht der Commission für sociale Fragen über Art. 3, 4, 5 Abschnitt III. des Statuten-Entwurfs I.
- 3) Berathung des Antrags; einen Verein zur Unterstützung der Frauen und Kinder zum Heerdienste berufener dürftiger Landwehrmänner zu bilden.

Frucht-Preise.

(Mittelpreise nach Berliner Scheffel.)

Paderborn am 24. Jan. 1849.

Weizen	1	apf	24	Sj
Roggen	1	„	2	„
Gerste	—	„	24	„
Hafer	—	„	15	„
Kartoffeln	—	„	13	„
Erbsen	1	„	20	„
Linsen	1	„	20	„
Heu pro Centner	—	„	16	„
Stroh pro Schock	3	„	10	„

Cassel, am 21. Januar.

(Casseler Viertel.)

Weizen	5	apf	8	Sj
Roggen	3	„	6	„
Gerste	2	„	21	„
Hafer	1	„	14	„

Neuß, am 23. Januar.

Weizen	2	apf	8	Sj
Roggen	1	„	6	„
Wintergerste	1	„	3	„
Sommergerste	1	„	3	„
Buchweizen	1	„	7	„
Hafer	—	„	20	„
Erbsen	2	„	—	„
Kappsaamen	3	„	28	„
Kartoffeln	—	„	20	„
Heu pro Centner	—	„	20	„
Stroh pro Schock	4	„	—	„

Herdecke, am 22. Januar.

Weizen	2	apf	28	Sj
Roggen	1	„	8	„
Gerste	1	„	2	„
Hafer	—	„	02	„

Verantwortlicher Redakteur: J. G. Pape.

Druck und Verlag der Junfermann'schen Buchhandlung.